Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg. und 20% Teuerungszuschlag. Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schabeis Kamen

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" (Während der Kriegeszeit nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H., in Kamen Westfalen 10. Fernspr. Nr. 1

Nr. 90 — Mittwoch, den 16. April 1919 — 47. Jahrgang

Nationalversammlung.

Sitzung vom 15. April.

Der Gesetzentwurf zur Festlegung des

1. Mai als nationalen Feiertag

gab in der gestrigen letzten Sitzung vor den Osterferien der Nationalversammlung Anlaß zu einer längeren politischen Debatte, die mit einer Begründung des Gesetzentwurfes durch Dr. David eingeleitet wurde. In seiner vornehmen fein zugespitzten Sprechweise legte er die ethischen Momente dar, die dazu führen müßten, daß dieser Feiertag als allgemeiner Volksfeiertag und darüber hinaus als Weltfeiertag angesehen werde. Er erklärte die Zustimmung der Regierung zu dem demokratischen und sozialdemokratischen Antrage, der diesen Feiertag als einen Feiertag angesehen wissen will, der dem Gedenken des Weltfriedens, des Völkerfriedens und des internationalen Arbeiterschutzes gilt. Weiter soll nach diesem Antrage in diesem Jahre der 1. Mai gefeiert werden als eine Volkskundgebung, die für den politischen und sozialen Fortschritt, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung unserer Kriegsgefangenen, Räumung der besetzten Gebiete und völlige Gleichberechtigung im Völkerbund eintritt. — In der Debatte rechtfertigte der Zentrumsabgeordnete Ehrhardt den ablehnenden Standpunkt der Mehrheit seiner Parteifreunde zu diesem Antrage, während der Demokrat Dr. Pachnicke den Antrag begrüßte, der unseren Feinden wuchtig vor Augen führe, welchen Frieden das deutsche Volk wolle. Gegenüber den Gegnern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, die mit Würde auf die innere Berechtigung dieses Feiertags hinwiesen, nannten die Redner der Rechten diesen Gesetzentwurf eine Provokation des Bürgertums, der sie ihre Zustimmung aus prinzipiellen Gründen ihrer Weltanschauung versagen müßten. Der Entwurf wurde schließlich in namentlicher Abstimmung in allen drei Lesungen mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen nach den Vorschlägen des Abänderungsantrages unter dem Beifall der Linken angenommen.

Das Ermächtigungsgesetz wurde ebenfalls in zweiter und dritter Lesung in der Ausschußfassung angenommen. — Nach einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen dem Unabhängigen Haase und dem Reichsminister Erzberger über den Inhalt einer Kommissionssitzung wurde in die zweite Beratung des Kaligesetzes eingetreten. Nach längerer Debatte, die sich bis in die Nachmittagsstunden hinzog, wurde auch dieses nach den Beschlüssen der Kommission endgültig angenommen. — Hierauf verlas Ministerpräsident Scheidemann

eine Botschaft des Reichspräsidenten Ebert,

an die Nationalversammlung. Der Reichspräsident begrüßt darin die Kundgebung der Nationalversammlung vom 10. April als Bekenntnis des unbeugsamen Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Frieden kein Frieden der Gewalt, sondern der dauernden Verständigung und Versöhnung der Völker sein möchte. Unter Hinweis auf die noch immer bestehende Hungerblockade und die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen wurde daran erinnert, daß diese Maßnahme gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Krieges sei, während dagegen das deutsche Volk all die schweren Waffenstillstandsbedingungen restlos erfüllt habe. Die Botschaft wandte sich ferner an die Teile des deutschen Volkes, die im inneren Kampf verharrten und unter schwer darniederliegendes Staats- und Wirtschaftsleben zu vernichten drohen. Das neue Deutschland kann nur aufgebaut werden im Wege organischer Umgestaltung zum sozialen Volksstaat. Berechtigte wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten werde die Regierung sich angelegen sein lassen. Sie warne aber vor dem radikalen Sprung ins Dunkle. Sie warne auch vor sinnlosen politischen Streiks, die zur Verelendung des Volkes führen. Die Botschaft schloß mit einer Mahnung an das deutsche Volk, abzulassen von der Selbstzerfleischung, die Augen aufzutun vor dem Abgrunde und zu arbeiten. Unser Vaterland unser neues Deutschland, dürfte nicht zu Schaden kommen. Lebhafter Beifall des Hauses folgte den Worten. Der Präsident schloß die Sitzung mit Wünschen für gute Erholung nach der anstrengenden Arbeit.

Der Gewaltfriede.

(TU) Nach einer Meldung des „Temps" wird bei den Friedensverhandlungen Deutschland nicht gestattet werden, die Fragen der Gebietsabgrenzung, die Bestimmungen über das Saargebiet, die Festsetzung der Schadenvergütungen und anderes zu Erörterung zu stellen. Dagegen würden die Alliierten Aufklärungen oder Anregungen über die Art der Zahlung in Erwägung ziehen. Wahrscheinlich werde den deutschen Bevollmächtigten eine Frist von 8 bis 10 Tagen gegeben werden, um den Vertrag zu prüfen, Abgesandte nach Weimar zu schicken und die Antwort ihrer Regierung zu erhalten.

Aus amerikanischer offiziöser Quelle wird aus Paris gemeldet: Vermutlich wird der Völkerrat eine besondere Verhandlungskommission aus seinen eigenen Mitgliedern bilden. Es sind jedenfalls mündliche Erläuterungen geplant, bevor die deutschen Delegierten zur Beschlußfassung nach Weimar zurückkehren. Die Minister des Aeußeren der Großmächte, die im sogenannten Fünferrat zusammengefaßt sind, werden die technische Seite der Friedensverhandlungen besprechen. Es ist unwahrscheinlich, daß gleichzeitig mit den Deutschen auch die Oesterreicher nach Paris berufen werden. Die Gesamtunterzeichnung wird aber, wie in Paris mit Sicherheit angenommen wird, von den Vertretern des Vierverbandes gemeinsam vorgenommen werden können. Für den Austausch der Ratifikationen rechnet man noch 20 bis 30 Tage. Wenn zwei Drittel der Mächte die Verträge ratifiziert haben, sollen sie in Kraft treten. Präsident Wilson wird, wenn die jetzigen Umstände weiter maßgebend bleiben, den amerikanischen Kongreß nicht später als am 1. Juni zur Ratifizierung zusammenberufen und wohl von Paris aus dazu einladen. Diesen Meldungen wird ausdrücklich hinzugefügt, daß sie natürlich nur verwirklicht werden können, falls die Drohungen, daß Deutschland die Friedensbedingungen nicht unterzeichnen werde, nicht Bluff sind und ferner, falls die jetzige deutsche Regierung bleibt.

Der Rückgang des Streiks.

Die Zahl der Ausständigen geht mit jeder Schicht mehr zurück. Sie erreichte ihren Höhepunkt am 10. April mit 367 005. Seitdem hat sie täglich abgenommen und betrug in der gestrigen Frühschicht 127 629 gegen 139 256 am Vortage. Gegen den Höchststand ist mithin allein in der Frühschicht eine Abnahme um rund 40 000 zu verzeichnen. In der gestrigen Frühschicht, Mittags- und Nachtschicht hat sich die Zahl der Ausständigen auf 263 141 belaufen gegen 300 154 in den drei Schichten am Samstag. — Im Dortmunder Bezirk haben heute die Arbeit wieder aufgenommen die Mannschaften der Zechen Gottessegen, Glückaufsegen und Admiral, zum größten Teil Massen 1/2, 3/4, Courl, Gneisenau, Preußen 1/2, Germania 1/2, Minister Stein, Zollern 1, Erin und Oespel. Im Bergrevier Dortmund I arbeiten also ein Drittel, im Bergrevier Dortmund II ein Viertel und im Bergrevier III ein Drittel der Belegschaften.

Die Streikleitung im Ruhrgebiet verhaftet.

Gestern nachmittag ist, wie aus Essen berichtet wird, die gesamte Streikleitung im Ruhrrevier — ungefähr 300 Mann stark — in Werden durch Regierungstruppen verhaftet worden.

Ein böser Mißklang.

Reichskommissar Severing teilt mit: In eine Versammlung von Delegierten der streikenden Bergleute ist gestern ein böser Mißklang getragen worden. Es war beabsichtigt, diese Delegiertenversammlung in Essen abzuhalten. Von Herrn Reichskommissar Severing war einigen Kommissionen geraten worden, die Genehmigung zu der Konferenz bei Herrn Hauptmann Lichtschlag einzuholen. Dieses ist leider unterblieben; die Delegierten hielten es für besser, die Konferenz nach einem Orte zu verlegen, von dem sie annahmen, daß er nicht im Gebiet des verschärften Belagerungszustandes läge. Das war nun allerdings ein Irrtum, denn durch die Bekanntmachung der Reichsregierung und des preußischen Staatsministeriums ist der Belagerungszustand über das ganze Ruhrgebiet verhängt. Von der Versammlung erfuhr eine Abteilung der in der Nähe liegenden Truppen und da in den letzten Tagen mehrfach über die Bildung bewaffneter Spartakisten-Abteilungen berichtet worden war, die gewaltsam Kraftwerke und Zechen stillegen wollten, so wurde angenommen, daß es sich hier um ein derartiges Unternehmen handelte. Es wurden Truppen nach Heiligenhaus, wo die Konferenz tagte, beordert. Nach den Vorstellungen der Delegierten soll ohne weiteres in den Saal hinein geschossen worden sein. Dadurch entstand eine allgemeine Panik. Leider ist auch Blut geflossen, indem ein Toter und einige Verletzte zu beklagen sind. Ueber den sehr bedauerlichen Vorfall wird selbstverständlich eine strenge Untersuchung eingeleitet werden, und wenn ein Uebergriff der Truppen vorliegt, wird er natürlich auch seine Sühne finden.

Konferenz der Delegierten.

Am Donnerstag, den 17. April, vormittags 10 Uhr, wird im „Kölnischen Hof" in Dortmund eine Konferenz der Delegierten sämtlicher Schachtanlagen von Rheinland und Westfalen stattfinden zum Zwecke von Einigungsverhandlungen mit der Regierung. Es wird Wert darauf gelegt und dringend gebeten, daß dieser Konferenz sämtliche Delegierten beiwohnen, welche am Dienstag, den 15. April, an der Konferenz in Werden (Ruhr) teilgenommen haben. Persönliche Sicherheit wird durch den Herrn Reichskommissar Severing gewährleistet.

Folgen des Kohlenmangels.

Vom 16. d. M. ab wird in Bielefeld der Straßenbahnverkehr, sowie die Abgabe von elektrischer Kraft vollständig eingestellt, ebenso die Abgabe von Gas auf einige Stunden früh morgens, mittags und abends. — Das Städtische Elektrizitätswerk zu Dortmund gibt bekannt: Um trotz des Kohlenmangels die Stromlieferung soweit als möglich aufrecht zu erhalten, ersuchen wir unsere Abnehmer dringend, bis auf weiteres sofort jede Luxusbeleuchtung zu unterlassen. Reklame- und Leuchtschilder abzuschalten und die Schaufensterbeleuchtung abzustellen. In Fällen Nichtbeachtung der erforderlichen Einschränkung notwendigkeiten behalten wir uns die Abstellung der ganzen Anlage vor.

Zusammenstöße zwischen Streikenden und Arbeitswilligen.

In Langendreer ist es gestern zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen gekommen. Als die Bergleute von Zeche „Vollmond" nach beendigter Schicht sich auf dem Heimwege befanden, wurden sie von Streikenden angegriffen. Zu ihrer Sicherheit mußten Mannschaften der Sicherheitswehr herangeholt werden.

Die Streiklage im Mülheimer Bezirk

Auf den Zechen ist die Lage noch unverändert. Die Notstandsarbeiten werden in Gang gehalten. Auf den Eisenwerken wird gearbeitet. Die Maschinenfabrik wird morgen in Betrieb kommen, die Hüttenwerke erst nach und nach, doch ist der Betrieb der Hüttenwerke und Metallfabriken abhängig von der Kohlenzufuhr; er kann nur in Gang gehalten werden, wenn die Zechen die Arbeit wieder aufnehmen.

Generalstreik in Duisburg.

In Duisburg hat die Arbeiterschaft aller Werke den Eintritt in den Generalstreik beschlossen. Zur Sicherung der Arbeitswilligen hat Regierungskommissar Severing angeordnet, daß Personen, die zur Sabotage oder Verweigerung der Notstandsarbeiten auffordern, verhaftet und vor das Kriegsgericht gestellt werden. Ferner dürfen in Belegschaftsversammlungen nur Angehörige der Belegschaft sprechen.

Ein Ultimatum der Streikenden in Düsseldorf.

Die Düsseldorfer Streikleitung hat ein Ultimatum gestellt, das um 12 Uhr mittags abläuft. Wenn ihre Forderungen bis dahin nicht erfüllt sind, wird der Generalstreik noch verschärft werden. Die erste Forderung ist die Zurückziehung der Regierungstruppen. Die Gas- und Elektrizitätswerke sind noch nicht im Betriebe. Der Buchdruckerstreik ist zwar beendet, doch können die Druckereien nicht arbeiten, weil sie keinen Strom haben.

Das Generalkommando in Münster

veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Nachdem in nennenswerten Teilen des Industriegebietes ein großer Teil der Arbeiter sich arbeitswillig zeigt und an einigen Stellen die Arbeit auch schon wieder aufgenommen hat, ist zu hoffen, daß die einsichtsvollen Elemente unter dem erbetenen und ihnen zuteil werdenden Schutz auch an allen übrigen Orten die Oberhand gewinnen werden und die Arbeit wieder allgemein aufgenommen werden kann. Es wird nun vom General-Kommando im Einvernehmen mit dem Reichskommissar erneut zur Kenntnis der Bevölkerung gebracht, daß Truppen nur dort in Tätigkeit gesetzt werden, wo Behörden oder Arbeiter zum Schutz der persönlichen Freiheit gegen den Terror einer Minderheit um Hilfe gerufen haben und wo es gilt, die Werke vor dem dauernden Ruin zu schützen, der tausende von Arbeitern mit ihren Familien brotlos machen würde. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Truppen abrücken werden, sobald die Gründe, die ihr Einrücken veranlaßt haben, nicht mehr vorliegen, jeder Arbeitswillige seiner Arbeit obliegen kann und alle von einer Minderheit unternommenen Versuche, die Regierung zu stürzen, ausgeschlossen sind. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß Terroristen und solche Personen, die zur Sabotage aufgehetzt haben, noch länger festgehalten werden bis durch die Untersuchung das Maß ihrer Schuld festgestellt, bis völlige Ruhe eingetreten ist oder die Regierung ihre Freilassung erlaubt hat.

Anarchie in München.

Die direkte und indirekte Verbindung mit München ist gänzlich unterbrochen. Die letzten Nachrichten, die bis gestern zu beschaffen waren, lauten dahin, daß die spartakistischen Anführer die Straßen terrorisieren. In der Stadt herrscht völlige Anarchie. Die beiden Parteien stehen in wütenden Kämpfen miteinander. Räuberbanden dringen plündernd in die Häuser ein und bedrohen die Banken. Die überall angeschlagenen Aufrufe, in denen sich die Garnison wieder hinter die Regierung Hoffmann stellt und in denen das Justizministerium die mitwirkenden Mitglieder des Revolutionstribunals mit Anklagen wegen Mordes und Freiheitsberaubung, bedroht, werden von Matrosenpatrouillen abgerissen. Mit Maschinengewehren bestückte Militärautos durchrasen die Stadt und machen Jagd auf Anhänger der Regierung Hoffmann. Am Hauptbahnhof kam es zwischen der spartakistischen Besatzung und den regierungstreuen Truppen der republikanischen Schutzwehr neuerdings zu blutigen Nahkämpfen. Auf dem Hauptbahnhofsplatz und an anderen Stellen der Stadt wurde heftig geschossen.

Die kommunistische Regierung mit Dr. Levine an der Spitze ist ausgerufen worden. Ein Teil der Münchener Garnison, die durch bewaffnete Arbeiter aus Ingolstadt unterstützt wird, steht hinter Levine. München wird streng abgeschlossen gehalten. Die Lage gilt nach wie vor als ernst. Ministerpräsident Hoffmann und Militärminister Schneppenhorst sind mit unbekanntem Ziel von Bamberg abgereist.

Seit 1 Uhr nachmittags ist die direkte Telegraphenverbindung von Augsburg nach München wieder hergestellt. München befindet sich völlig in der Gewalt der Kommunisten. Die Diktatur des Proletariats ist aufgerichtet. Der Kampf um den Hauptbahnhof, der mit Artillerie, Maschinengewehren, Handgranaten und Minenwerfern ausgefochten wurde, dauerte etwa drei Stunden und hatte das Gepräge einer förmlichen Schlacht. Er forderte etwa 150 Tote und Verwundete, und endete mit dem Sieg der Kommunisten. Die Regierungstruppen wurden entwaffnet. Nach diesem Erfolg war das Schicksal der Stadt besiegelt. Von einer offenen Gegenbewegung ist nichts zu spüren. Die ganze Garnison steht jetzt im Dienste der neu aufgerichteten Herrschaft des Proletariats. Die Zahl der bewaffneten Arbeiter ist außerordentlich groß, sodaß die Kommunisten eine starke Macht hinter sich haben. In ganz München herrscht Generalstreik. Alle Betriebe und Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ruht, die Zeitungen erscheinen nicht.

Dienstag ist ein Nachrichtenblatt des neugebildeten Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte erschienen, das unter anderem folgende Mitteilung des Vollzugsrates enthält: Räterepublik Bayern. „Die Betriebs- und Soldatenräte Münchens haben in einer Versammlung am 13. April beschlossen, den provisorischen revolutionären Zentralrat als nicht mehr bestehend anzusehen. Die ganze gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Räterepublik wird einem 15gliedrigen Aktionsausschuß übertragen. — gez.: Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte."

Generalstreik in Braunschweig.

Im Schloß fand eine Sitzung des revolutionären Aktionsausschusses statt, in der darüber beraten wurde, ob der Generalstreik fortgesetzt werden soll. Für die Fortsetzung des Streikes erhob sich keine Stimme. Es wurde beschlossen, am Mittwoch den Generalstreik abzubrechen, wenn die Beamtenschaft am Dienstag den Dienst wieder aufnimmt und wenn die Arbeitgeber sich bereiterklären, die Streiktage zu bezahlen und von Maßregelungen abzusehen. Diese Bedingungen lehnen die Beamten als auch die Arbeitgeber rundweg ab. Eine allgemeine Beamtenversammlung beschloß, den Streik nicht eher abzubrechen, als bis die Arbeiterschaft den Generalstreik bedingungslos aufgegeben und Garantien gegeben sind, daß der Eisenbahn- und Postverkehr nicht mehr gehindert werden und gegen keinen Beamten Maßregelungen erfolgen können. Die Hilfs- und Arbeitsbeamten haben sich dem angeschlossen. Die Lebensmittel- und Kohlenstellen sind täglich zwei Stunden geöffnet. Die selbständigen Gewerbetreibenden aller Gruppen haben sich zusammengeschlossen, um den Bürger- und Beamtenstreik durchführen zu helfen. Die Geschäfte sollen solange geschlossen bleiben, bis die Arbeiterschaft den Generalstreik aufgibt.

Gestern nachmittag wurden durch Hannoversche Flieger Hannoversche Zeitungen abgeworfen, die u. a. Mitteilungen enthielten, daß die Truppen des Generals Märker im Anzuge auf Braunschweig seien. Auf die Flieger wurde sofort ein lebhaftes Gewehrfeuer eröffnet, das aber nur den Erfolg hatte, daß ein Braunschweiger Flugzeug getroffen wurde, das zur Verfolgung der Hannoverschen Flieger aufgestiegen war. Die letzteren sind unversehrt entkommen.

(W) Aus Schöningen in Braunschweig meldet der Volksfreund: Dr. Barth hat den Genossen Linie erschossen. Der Mörder ist flüchtig. Die Mutter des Dr. Barth ist als Geisel festgesetzt. — Ferner sind durch Werfen mit Handgranaten 3 Personen getötet und 4 verwundet worden.

Der Rätekongress.

In der Montag-Sitzung wurde die Sozialisierung des Wirtschaftslebens erörtert. An Stelle des erkrankten Karl Kautsky verlas seine Frau das Referat, in dem die Schaffung einer Organisation gefordert wird, durch die Arbeitern, Konsumenten und der Gesellschaft an der notwendige Einfluß auf den Produktionsprozeß ermöglicht werden soll. Nur zur Sozialisierung reife Produktionszweige dürfen sozialisiert werden. Die bäuerliche Landwirtschaft sei noch nicht reif dazu. Die heutige Koalitionsregierung habe die Sozialisierungskommission zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Man brauche ein zentrales Sozialisierungsamt und erweiterte Entscheidungsbefugnisse für Reich, Staat und Gemeinden. In einer Erörterung erklärte Kaltzkt (S.), wenn Kautsky das Konsumenteninteresse an die Spitze stelle, so sei das ein Rückfall ins Manchesterliche. Reichsminister Wissel erklärte sich im wesentlichen mit dem Referat einverstanden und lehnte nur die gegen die Regierung gerichteten Ausführungen ab. Cöhnen-Halle (U.) sagte, die Betriebe müßten von den Betriebs- und A.-R. von innen heraus für die Sozialisierung reif gemacht werden. — In der Nachmittagssitzung erklärte Schulze-Hannover die Notwendigkeit der Sozialisierung in den Heeresbetrieben. Die Resolution Kautsky wird der Regierung überwiesen. Es folgte eine Debatte über die äußere Politik. Dabei wurde die Entsendung einer Studienkommission nach Rußland gefordert. Dieser Antrag wird dem Zentralrat überwiesen. Ein Antrag der beiden sozialistischen Fraktionen, der die bisherige auswärtige Politik Deutschlands verwirft, wurde angenommen.

Hierauf nahm der Kongreß die Wahl des Zentralrates vor. Ein Antrag, der den Zentralrat als die höchste Instanz aller deutschen Arbeiter- und Bauernräte erklärt und seine Mitglieder auf 28 festsetzt, wird fast einstimmig angenommen. Ein Antrag der Unabhängigen auf paritätischer Zusammensetzung des Zentralrates wurde abgelehnt. Die Unabhängigen verweigerten daraufhin die Mitarbeit im Zentralrat. Der Zentralrat wird daher zunächst nur aus 21 Mitgliedern bestehen: 16 Mehrheitssozialisten, 2 Angehörigen der Soldatenschaft, 1 Demokrat, 1 Bauernbündler und 1 Vertreter der christlichen Gewerkschaft. 7 Sitze werden den Unabhängigen offen gehalten. Dann erfolgt noch die Wahl von 9 Mitgliedern zum provisorischen Reichssoldatenrat. Gegen 8 Uhr wurde der Kongreß geschlossen.

Die Kriegszerstörungen im besetzten Gebiet.

Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission richtete an die alliierten Vertreter bei der Sitzung vom 8. April folgende Ausführungen:

In der Sitzung vom 7. April erklärte General Nudant bei Besprechung zweier Noten, die Kriegszerstörungen betreffen:

„Ich begreife sehr gut die Beweggründe, die Sie handeln lassen. Aber ich glaube, wenn Sie gestatten wollen, daß ich Ihnen einen kleinen Rat gebe, daß es besser sein würde, vielleicht nicht so oft diese Fragen anzurühren. Wir haben sehr viel gelitten, so daß wir eine sehr reizbare Haut haben, und es gibt Sachen, die man besser mit Stillschweigen übergeht."

Ich ehre und verstehe diese Empfindungen durchaus. Ich habe deshalb auf eine Fortführung der Erörterung in öffentlicher Sitzung verzichtet, um die persönlichen Beziehungen nicht unnötig zu trüben.

Aber selbst die größten Leiden des französischen Volkes und Landes berechtigen General Nudant nicht zu einem einseitigen Urteil.

Auch wir bedauern die furchtbaren Zerstörungen dieses Krieges und verurteilen die Missetäter, wo solche greifbar sind. Es geht aber nicht an, uns einseitig alle Brutalität, Grausamkeit, Unerbittlichkeit usw., die in diesem Kriege aufgetreten sind, zur Last zu legen. Niemand wird leugnen können, daß auf beiden Seiten gesündigt worden ist.

Gewiß, General Nudant hat recht, wenn er sagt, es sei eine Tatsache, daß Douai, Cambrai und andere Städte ungeheuer schwer gelitten haben. Aber es gibt andere Tatsachen, die beweisen, daß nicht wir oder wenigstens nicht wir allein die Schuld tragen. Es ist meine Pflicht und mein Recht, diese Tatsachen hier sachlich vorzubringen und eine sachliche Beurteilung zu erwarten. Erst wenn die unzweifelhafte Wahrheit auch auf der anderen Seite Anerkennung zu finden beginnt, wird ein friedliches Zusammenleben der Völker wieder möglich sein.

Der Rat des Generals Nudant, wir sollten diese Dinge nicht so oft anrühren, trifft meines Erachtens nicht den Kern der Sache. Nicht wir sind es, die diese Dinge anrühren, sie sind bereits in schärfster Form angerührt. Täglich werden wir in Zeitungen, Funkssprüchen und amtlichen Aeußerungen ungerechtfertigt mit Schmutz beworfen. Der Geist der Verhandlungen in Paris und in allen anderen Verhandlungsorten wird dadurch zu unserem Schaden beeinflußt. Man scheint uns bereits verurteilt zu haben von einem Gerichtshof, wo der Kläger selbst Richter war, wo es keinen Verteidiger gab und wo der Angeklagte nicht einmal gehört worden ist. Niemand wird von uns verlangen dürfen, daß wir dazu schweigen, wenn wir glauben, Material zu besitzen, das uns entlasten muß.

Ich bitte General Nudant ferner, zu bedenken, daß auch das deutsche Volk Grund hat, empfindlich zu sein. Auch das deutsche Volk hat gelitten und leidet heute noch unter dem Druck des furchtbarsten Kriegsmittels, das je in zivilisierter Zeit gegen ein großes Volk angewandt worden ist, und unter dessen Folgen heute noch täglich Hunderte zugrunde gehen. Es ist sehr die Frage, ob diese Schäden, die an der lebenden Bevölkerung angerichtet werden, vor dem Richterstuhl der Geschichte dereinst nicht schwerer wiegen werden als die Schäden, die im besetzten Gebiet im wesentlichen doch nur dem toten Material zugefügt worden sind.

Auch ich will auf diesem Gebiet keine Polemik hervorrufen. Ich habe mich aber für verpflichtet gehalten, die vorstehenden Ausführungen den Herren Missionschefs vorzulegen. Sie sind vielleicht geeignet, auch unserem Standpunkt und dem von mir pflichtmäßig vorzulegenden Material zu einer sachlichen Würdigung zu verhelfen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

In der Sitzung der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa vom 13. 4. erhob der Vertreter der deutschen Regierung Einspruch gegen die alliierte Mitteilung, vor Ernennung deutscher Beamter im besetzten Gebiet müsse erst die Zustimmung des Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte eingeholt werden. Der französische Vertreter protestierte gegen die Anhaltung von drei Schiffen in Emmerich durch deutsche Zollbehörden. Er erklärte, der Rhein stehe unter der Autorität von Foch, und die deutsche Regierung habe kein Recht, die Transporte zu verbieten. Die Alliierten hatten der deutschen Regierung mitgeteilt, das im besetzten Gebiet für den Bau neuer Linien befindliche Eisenbahnmaterial, welches deutschen Privat Gesellschaften gehöre, werde als Kriegsbeute betrachtet. Die deutsche Regierung hatte, nach der Haager Landkriegsordnung um Rückgabe des Materials ersucht. Die Alliierten erkennen diesen Standpunkt nicht an. — Der deutsche Regierungsvertreter erklärte, eine Zuweisung von Saatgut in das linksrheinische Gebiet könne nur erfolgen, wenn die unbehinderte Ein- und Ausfuhr von Saatgut zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet und die Ausfuhr der Ernteüberschüsse aus dem besetzten Gebiet zugelassen werden.

Warnung vor dem Eisenbahnbeamtenstreik.

Die preußische Staatsregierung erläßt folgende Warnung: „Es sind zurzeit unter den Eisenbahnbeamten Bestrebungen im Gange, zur Durchsetzung einseitiger Gehaltsforderungen gegebenenfalls auch in einen Streik einzutreten. Die Staatsregierung stimmt mit großen Beamtenverbänden in der Auffassung überein, daß der festen Anstellung der Beamten und der staatlichen Garantie ihrer besonderen Rechte ihre Gebundenheit an den Dienstvertrag, den sie einseitig nicht lösen können, entspricht. Auch das Koalitionsrecht rechtfertigt keinen Kontraktbruch. Jede nicht genehmigte Dienstverweigerung stellt sich daher als Dienstvergehen dar, das die gesetzlichen Folgen nach sich zieht. Die Regierung würde der Volksgesamtheit gegenüber gewissenlos handeln, wenn sie den Beamten die Befugnis einräumen wollte, Staatsbetriebe wie die Eisenbahn stillzulegen und dadurch der Volksgesamtheit, deren Interesse der Beamte dienen soll, unendlichen Schaden zuzufügen. Die Regierung müßte solchen Streik zu einer Zeit, in der das Vaterland noch fortgesetzt durch äußere Gefahren und durch den Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen schwer bedroht ist, geradezu als ein Verbrechen am ganzen Volke betrachten. Hungersnot und Stillstand der gesamten Wirtschaft würden die unausbleiblichen Folgen des Versagens der Verkehrsmittel sein und die Beamten würden dadurch — neben der Gefährdung ihrer Lebensstellung — für sich selbst, für ihre Frauen und Kinder und für alle Volksgenossen namenloses Elend heraufbeschwören. Die Regierung weiß, daß weitaus die Mehrzahl aller Beamten ihre Ansicht teilt. Diese können sich darauf verlassen, daß die Regierung auch alle ihr zu Gebote stehenden Machtmittel anwenden wird, um Dienstwillige vor dem Terror einzelner zu schützen."

Bolschewistische Greueltaten in Budapest.

Berliner Zeitungen melden: Eine hiesige Persönlichkeit erhielt von einem absolut zuverlässigen Gewährsmanne, der Budapest in den letzten Tagen verlassen hat, Mitteilungen so grausamer Art, daß selbst die bolschewistischen Verbrechen in Rußland dagegen verblassen. Darnach haben die derzeitigen bolschewistischen Machthaber den ehemaligen Paladin Erzherzog Josef, den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. A. Weckerle und den früheren Handelsminister Baron Josef Szterrenyi im Budapester Sammelgefängnis ermorden lassen. Der Gewährsmann berichtet weiter, daß die Nachrichten, die aus Ungarn ins Ausland gelangen, durchweg unrichtig sind, da die Machthaber nur ihnen günstige Berichte herauslassen. Die Budapester Bevölkerung steht unter dem Druck der verbrecherischen Regierung, die mit allen Mitteln des Terrors jede andere Regung unterdrücke, um ihre Macht möglichst lange aufrecht zu erhalten, von deren Beständigkeit sie selbst nicht überzeugt sei. Eine Aktion der Entente werde von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung herbeigesehnt, um den heute herrschenden entsetzlichen Zuständen ein Ende zu bereiten.

Tagesereignisse.

— **(Verwaltungstrennung in Sachsen-Koburg-Gotha.)** Die gemeinsam tagende Landesversammlung der Volksbeauftragten Koburg und Gotha genehmigte einen Staatsvertrag durch den die seit dem Jahre 1826 bestehende Gemeinsamkeit der Verwaltung aufgehoben wird.

— **(Eine französische Phantasiemeldung.)** Der „Matin" meldet, die tschecho-slowakische, die elsässische und andere Delegationen hätten erklärt, daß die Deutschen in den östlichen Provinzen insgeheim an der Bildung einer mächtigen Armee arbeiteten. Die Deutschen verschöben das Vorhandensein einer Menge Artillerie und neuer Eisenbahnwagen und führen fort mit der Anfertigung von Kriegsmaterial. Diese Arbeiten sollen auf Betreiben der Alldeutschen unter der Leitung Hindenburgs vor sich gehen.

— **(Haussuchung beim Prinzen Heinrich.)** Beim Prinzen Heinrich von Preußen, der in Hemmelmark wohnt, wurden gelegentlich einer Haussuchung u. a. 30 Infanteriegewehre, 30 Seitengewehre, eine große Menge Patronentaschen, zwei Kisten mit je 25 Handgranaten, 4350 Schuß Gewehrmunition beschlagnahmt. Die Waffen sollen am 8. April nach Hemmelmark gebracht worden sein. Der Vollzugsrat fordert zusammen mit vielen Arbeitern eine Untersuchung der Angelegenheit und ein Eingreifen Noskes.

— **Die Friedenskonferenz** hat beschlossen, wie aus Paris gemeldet wird, daß der erste Arbeitskongreß im Jahre 1919 in Washington abgehalten wird. Dort wird man die Fragen bezüglich des Achtstundentages, des Verbotes von Streik und Frauenarbeit usw. besprechen.

— **Bei den Unruhen** in Dresden sind zwei Personen getötet und 10 schwer verletzt worden. Die Leiche des ermordeten Kriegsministers konnte noch nicht aufgefunden werden. Die von der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsandten Truppen sind eingetroffen und in der Umgebung von Dresden untergebracht.

— **(Die Arbeiterbewegung im Ausland.)** „Humanitee" meldet triumphierend als erstes Ergebnis der imposanten Jaures-Demonstration, daß Clemenceau das Arbeitsministerium beauftragt habe, sofort ein Achtstundentagsgesetz dem Parlament vorzulegen. — Die Erhöhung der Löhne für die Eisenbahnarbeiter der Vereinigten Staaten, die sich auf 65 Millionen Dollars beläuft und 400 000 Angestellte betrifft, wurde von der Regierung bestätigt. — Die im schweizerischen Generalstreikprozeß verurteilten Arbeiterführer Grimm, Schneider und Nobs haben einen Aufruf erlassen, in dem sie die Arbeiterschaft auffordern, in einem ihr gut erscheinenden Augenblick die Antwort auf diese Klassenjustiz zu geben. Die 17 Freigesprochenen erklären sich solidarisch mit den Verurteilten und fordern zum weiteren Kampf auf. Das Oltener Aktionskomitee ruft zu Massenversammlungen zwecks Einführung des Achtstundentages und der Sozialisierung auf.

— **(Straßenunruhe in Mailand.)** In Mailand kam es wegen Auflösung einer Volksversammlung zu großen Straßentumulten, wobei es Tote und Verwundete gab.

— **Bamberg** wurde am Donnerstag und Freitag von den Ukrainern wirksam beschossen. Es gab viele Verwundete. Die Bevölkerung suchte in den Kellern Schutz.

— **Die Riesenpensionen im Reiche,** welche durch den Krieg zur Auszahlung an Militärpersonen und Hinterbliebene zu zahlen sind, liegen jetzt zum ersten Male ziffernmäßig vor. Sie erreichen jährlich die gewaltige Summe von 8½ Millionen Mark. Davon erhalten Unteroffiziere und Soldaten 287 Millionen Versorgungsgebührnisse, Offiziere und Beamte aller Grade 136 Millionen Pension, die Hinterbliebenen von Offizieren erhalten 34 Millionen, die Hinterbliebenen von Unteroffizieren und Mannschaften 366 Millionen. An Kriegsteuerungszulagen an Beamte und Pensionäre sind 160 Millionen Mark in Rechnung genommen, also über anderthalb Milliarden Mark jährlich. Schon diese Ziffer beweist, wie nötig die Herabminderung der Lebensmittelpreise ist. Ueber 1000 Millionen Steuern sind im Reichshaushalt für 1919 bereits vorhanden, über 7000 Millionen neue Steuern sollen hinzukommen. Ob diese erwarteten ungeheuren Beträge einlaufen werden, bleibt freilich abzuwarten. Der Fortfall der Kriegsausgaben hat keinen großen praktischen Wert gehabt, dafür kommt das Schuldenkapitel in Betracht.

— **Der Flug über den Ozean.** Wie aus Amsterdam gemeldet wird, startete am Dienstag das große Handley-Page-Flugzeug, das eigentlich Bomben auf Berlin werfen sollte, für den Flug über den Ozean. Der Startort wird geheim gehalten. Das Flugzeug ist mit sechs Motoren und mit drei Apparaten für drahtlose Telegraphie ausgestattet und hat Benzin für einen Flug von 25 Stunden an Bord.

— **Eingemauerte Millionenschätze.** Im Kastell des Fürsten Nikolaus Esterhazy in Frauenkirchen wird gegenwärtig im Auftrage der Räteregierung eine Inventur aufgenommen. Die Inventarisierungskommission entdeckte in einer dicken Mauer des Kastells viele Millionen betragende Juwelen- und Silberwerte, die vor etwa zwei bis drei Wochen eingemauert worden sind. Die Schätze wurden mit Beschlag belegt.

Verteilung und Beschaffenheit der Auslandslebensmittel.

Die in Rotterdam eingetroffenen ersten Lebensmittelsendungen, die durch die Entente geliefert werden, werden nach einem Schlüssel verteilt, der die am meisten notleidenden Bedarfsgebiete, also die großen Städte und Industriegebiete, in erster Linie berücksichtigt. Ihre Belieferung wird je nach dem Eintreffen der Ware nacheinander erfolgen. Die anderen Bezirke werden danach beliefert. Die Behörden werden sich die schnellste Verteilung der zur Verfügung stehenden Mengen angelegen sein lassen, doch muß damit gerechnet werden, daß Verladung, Transport und Ausladung einige Zeit in Anspruch nimmt. Hinsichtlich der Beschaffenheit des gelieferten Schmalzes und der gesüßten Kondensmilch haben die durch die genannten Vertreter der zuständigen Reichsinstanzen vorgenommenen Untersuchungen dargetan, daß ware — soweit dies aus Proben überhaupt festgestellt werden kann — mit durchaus guten und gesunden Waren zu tun haben. In dem Gutachten über die Proben, die aus den verschiedenen Ladungen an Kondensmilch entnommen sind, heißt es: „Das Aussehen der Dosen war sauber und blank mit gefälliger Aufmachung, die Milch fett im Geschmack, ohne Verdickung und vollkommen rein und." Ein besonderer Teil des Speisefetts wird in chinesischem Schmalz geliefert werden, das in Deutschland vor dem Kriege kaum gehandelt wurde. Es ist in der Farbe unansehnlich und schmeckt wegen der in China üblichen Fütterung des Schweine mit Fischabfällen etwas tranig. Die Annahme dieses Schmalzes konnte nach dem Wortlaut des Abkommens von Spaa nicht verweigert werden. Die Engländer haben jedoch erklärt, daß sie ihre Zivilbevölkerung während des letzten Kriegsjahres wesentlich mit diesem Schmalz versorgt hätten und daß es anstandslos genommen worden sei. Die Ware ist jedenfalls als gesund anzusprechen. Als Brotaufstrich ist das Schmalz verwendbar, wenn es vorher mit Zwiebeln und Kartoffeln umgebraten wird. Das wird in den einzelnen Haushaltungen geschehen können. Für Koch- und Backzwecke ist das chinesische Schmalz ohne weiteres zu verwenden.

Auf Burg Dymeck.

Roman von Ilse-Dore Tanner.

(Nachdruck verboten.)

13. Fortsetzung.

Eckart von Wackerath stand an der Fohlenkoppel, die unfern des Hofes lag, und freute sich über die herrlichen jungen Fuchsfohlen, die er selbst aufgezogen hatte und die, wenn sie sich weiter so entwickelten, eine schöne Einnahme versprachen. Diese „Extraeinnahmen", die Eckarts besondere Freude waren, wollte er gern auf den Neubau des baufälligen alten Wohnhauses verwenden. Er träumte immer noch davon, daß seine Eltern für ihre alten Tage eine bequemere und schönere Wohnung haben sollten, als das alte Haus bot. Eckart hatte, neben seinem praktischen Verstande, eine große Portion Schönheitssinn, die den beiden Brüdern oving. Der ältere, Horst, war Feldverwalter, und der jüngste, Friedrich, der in der Stadt die Handelsschule besucht hatte, besorgte den Verkauf der ländlichen Erzeugnisse, hatte die Rechnungen zu begleichen und die Tabellen und Bücher zu führen, während Eckart, wie er scherzend sagte, den Hofverwalter, Kutscher und Viehpfleger in einer Person vorstellte.

In ländliche Arbeiten waren die Brüder Wackerath von Jugend an gewöhnt, nur hatten sie sich zunächst doch nicht so daran beteiligen können. Denn der Vater hatte streng auf eine sorgfältige Schulbildung mit dem Abschluß der Einjährigenprüfung gehalten, und die drei Brüder waren in der Stadt bei einer Kusine ihrer Mutter, die als Lehrerswitwe dort lebte, in Pension gewesen. Eckart hätte gar zu gern auch mehrere Semester auf der landwirtschaftlichen Hochschule studiert, aber es wurde von vornherein, daß dazu die Mittel nicht reichten, und so waren die drei Wackeraths als tüchtige Hilfen auf dem väterlichen Gut eingetreten. Ihr praktischer Sinn hatte dazu geführt, daß sie sich vor keiner Arbeit scheuten, und so hatte die allgemeine Leutenot auf dem kleinen Gut noch keinerlei Verlegenheiten entstehen lassen. — Während seines Dienstjahres, das Eckart in einem hiesigen Infanterieregiment an der Grenze abgedient hatte, hatte man jedoch seine Arbeitskraft sehr vermißt. Das hatte ihm sein Vater gesagt, als er heimgekehrt war, und das schien ihm wie eine Ordensauszeichnung. Er war jetzt zum Vizefeldwebel avanciert und mußte als nächste Uebung seine Reserveoffiziers-Uebung machen.

Mitten hinein in seine Zukunftsbetrachtungen tönte das laute „Guten Abend" des Landbriefträgers, der zu Eckarts größter Ueberraschung ihm einen zierlichen weißen Brief hinhielt, ausgerechnet ihm, Eckart von Wackerath, — einen Brief, der seinen Namen von kräftiger Damenhandschrift trug. Er überflog die Zeilen, und seine Augen hafteten an der Unterschrift „Henny König". Das war also die junge Dame, die er auf Dymecker Gebiet gefahren und Sonntag im Dorf Dymeck gegrüßt hatte. Sein Vater, der in jedem Monat einmal einen Stammtischabend im „Goldenen Stern" der Kreisstadt hatte, hatte dort gehört, daß die alte Gräfin Dymeck während des Sommers Besuch von einer Großnichte habe. Eckart von Wackerath las den Brief noch einmal durch und fühlte eine stille Freude dabei, daß Henny so freundlich und ohne Beschönigung ihre anscheinende Unhöflichkeit entschuldigte. Er legte sich jetzt mit einem Male die Frage vor, ob Hennys Unhöflichkeit ihn verletzt haben würde, wenn sie absichtlich gewesen wäre, und sein Herz antwortete mit einem uneingeschränkten

Er steckte den Brief fort und lächelte; was ging ihn diese junge Dame, die sich verirrt und die er heimgeleitet hatte, die Großnichte der Gräfin Dymeck, die in alter Feindschaft mit dem Wackerathhof lebte, eigentlich an? Ob er seiner Mutter von dem Brief erzählte? Er hatte ihr am Sonntag gesagt, daß er die junge Dame mit dem Grafen Roleneck gesehen hatte. Graf Roleneck! Wie hatte er den auf diese wenige Minuten vergessen können! Es war, als ginge ein grell leuchtender Blitz vor seinen Augen nieder: diese junge Dame und Graf Roleneck waren gewiß ein zukünftiges Paar. Oder doch nicht? Eine angehende Braut würde wohl anderes zu denken haben, als sich brieflich bei einem Herrn wegen eines übersehenen Grußes zu entschuldigen.

Es wurde ihm seltsam heiß bei dem Gedanken an Henny König; die liebliche, blonde Erscheinung hatte doch mehr Eindruck auf ihn gemacht, als er sich zuerst einzugestehen wagte.

Pferdegetrappel und gleichmäßig schwere Tritte ließen ihn aufschauen: die Gespanne kamen vom Felde — es war Feierabend, sein Dienst als Hofverwalter rief ihn in die Ställe, damit die teuren Pferde ihr Recht bekamen. Die beiden jungen Knechte zogen die Mützen, den kleinen Zug beschlossen Horst und Friedrich, und Eckart schloß sich den Brüdern an.

Die Suppe stand schon auf dem Tisch, als die jungen Wackeraths in das einfache Familienzimmer traten. Frau von Wackerath in ihrem schlichten, grauen Lüsterkleide mit einer blaugedruckten Schürze, füllte die Teller, und Vater Wackerath wurde gesprächig. Eckart hatte eigentlich von seinen Fuchsfohlen sprechen wollen, aber der Gedanke an den Brief brachte ihn heut ganz aus seinem gewohnten Gedankengang.

„Weißt du, Eckart," sagte der alte Herr von Wackerath, „ich könnte morgen eigentlich auf die Stadt fahren, ich möchte den Schimmel aus dem zweiten Gespann gern wieder los sein, er paßt nicht zwischen die Braunen. Der morgende Pferdemarkt wird ganz gut beschickt sein, und dann suchst du uns für den Schimmel einen guten Braunen aus, der auch vor dem leichten Wagen gehen kann. Wenn es nicht anders geht, mußt du fünfzig oder hundert Mark zuzahlen, das heißt, wenn Friedrich sie in der Kasse und für den Pferdekauf disponibel hat."

„Ich werde sehen, für den gleichen Preis einen Braunen einzuhandeln", versprach Eckart, denn Friedrich machte ein trauriges Gesicht bei dem Gedanken, fünfzig oder hundert Mark vom Kornverkauf für ein Ackerpferd auszugeben.

Durch die Straßen der Kreisstadt, die durch den Pferdemarkt heut belebter waren als sonst, schritt in ihrem einfachen grauen Jackettkleid und dem schlichten, weißen englischen Strohhut Henny König. Frau Schroth hatte zum Zahnarzt gemußt und Henny hatte die Gräfin Dymeck um Erlaubnis gebeten, mitzufahren. Ihre Mutter hatte in wenigen Tagen Geburtstag, und Henny wollte gern noch ein Geschenk kaufen, welches sie ihrer Handarbeit beifügen konnte.

Die Besorgung war bald gemacht, und da es noch eine Stunde Zeit war, bis Frau Schroth und Henny wieder im „Goldenen Stern", wo der gräfliche Kutscher ausgespannt hatte, zusammentreffen sollten, so spazierte sie durch die Straßen der Stadt, freute sich an den schönen blühenden Blumen vor den kleinen blanken Scheiben, an den sauberen Gardinen, an den spielenden Kindern an dem sauberen alten Städtchen selbst. Ohne darauf zu achten, war Henny dann durchs Tor gebummelt und hatte nun die alte Wallpromenade außerhalb der Stadtmauer erreicht.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen und Rheinland.

Westfälischer Einspruch gegen die 3 Kirchenminister.

Kamen, 16. April. Die preuß. Notverfassung hat bekanntlich die Rechte des landesherrlichen Kirchenregiments einstweilen auf die evang. Minister übertragen. Hierzu hat ein große Versammlung, zu der Gen. Super. D. Göllner und Präses D. Kockelke die Vertreter sämtlicher Gemeinden, Synoden und kirchl. Verbände Westfalens eingeladen hatten, zu Münster Stellung genommen. Die Einberufer wiesen auf die verhängnisvolle Tragweite des Beschlusses der Landesversammlung hin und forderten zu einer entschlossenen Gegenwirkung auf. In einer lebhaften Aussprache wurde gegen den von der Landesversammlung geschaffenen Zustand einmütig Einspruch erhoben. Insbesondere forderten die Vertreter der Arbeiter die volle Unabhängigkeit der Kirche. Einstimmig wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Wir fordern die freie Kirche im freien Staat. Sie wurde letzthin versprochen von allen politischen Parteien; sie wird in Aussicht genommen von der Nationalversammlung. Wir verwahren uns gegen eine neue Bindung der Kirche an den Staat. Sie raubt der Kirche das eben erwachende Vertrauen weiter Volkskreise. Wir bestreiten der Landesversammlung das Recht, ohne Mitwirkung der kirchlichen Organe das Kirchenregiment zu ordnen. Wir erklären daher die Kirchengewalt der 3 Staatsminister für unrechtmäßig und verlangen schleunigste Aufhebung der Bestimmung und Einberufung der Gen.-Synode. — Von den Kirchenvertretungen sind ähnliche Beschlüsse zu erwarten.

*

Kamen, 16. April. (Verschiedenes.) Auch gelegentlich scharfe Lieferungsbedingungen eines Fabrikanten, die lediglich die eigenen Interessen des Fabrikanten wahren und keinerlei Rücksicht auf die Interessen der Käufer seiner Ware nehmen, können nicht ohne weiteres als sittenwidrig erachtet werden; insbesondere kann von einer wirtschaftlichen Knebelung des Käufers in der Regel schon deshalb keine Rede sein, weil der Käufer ja nicht gezwungen ist, gerade bei dem betreffenden Fabrikanten zu dessen Bedingungen zu kaufen.

(Bezahlung von Reichsware mit Kriegsanleihe.) Da sich in letzter Zeit die Fälle mehren, daß von dem kaufenden Publikum an die Kleinhandelsgeschäfte die Bitte gerichtet wird, Kriegsanleihen in Zahlung zu nehmen, diesen Wünschen aber von den Geschäftsinhabern in zahlreichen Fällen nicht entsprochen werden konnte, weil sie persönlich stark in Kriegsanleihe festgelegt oder mit ihren Mitteln derart beschränkt sind, daß ihnen die Annahme von Kriegsanleihen ohne die Gewißheit, diese auch ohne Verlust weitergeben zu können, nicht zugemutet werden konnte, hat sich die Bekleidungsstelle des Landkreises Bochum veranlaßt gesehen, von den Geschäftsinhabern, denen sie Reichsware zuteilt die Hälfte des Kaufpreises in Kriegsanleihe unter Berechnung des vollen Nennbetrages anzunehmen. Die Geschäftsleute des Landkreises Bochum sind ihrerseits verpflichtet, demnächst bei Verkauf von Reichsware auf Wunsch der Käufer Kriegsanleihe zum vollen Nennbetrage bis zur Hälfte des Kaufpreises in Zahlung zu nehmen. Durch dieses Vorgehen der Bekleidungsstelle des Landkreises Bochum dürfte dem in letzter Zeit zutage getretenen bedauerlichen Mißtrauen der kleinen Sparer gegen unsere Kriegsanleihen wirksam entgegengetreten werden. — Das Vorgehen der Bochumer Bekleidungsstelle ist auch der hiesigen Bekleidungsstelle zu empfehlen.

Von der Inspektion der Gefangenenlager im Bereich des 7. A.-K. erfahren wir, daß auf Anordnung des Kriegsministeriums vom 18. März 1919 das von den Kommandanturen der Gefangenenlager und von einzelnen Gefangenenarbeitskommandos bisher ausgegebene **Gefangenenlagergeld** am 1. Juni 1919 seine **Gültigkeit verliert** und von diesem Tage an nicht mehr eingelöst wird. Es dürfte sich daher dringend empfehlen, das etwa noch im Besitz befindliche Lagergeld sobald als möglich bei den zuständigen Stellen (Kommandantur des Gefangenenlagers bezw. bei den Arbeitgebern des betreffenden Arbeitskommandos) einzuwechseln.

(Der Grund der ausgebliebenen Fischzufuhr.) Augenblicklich liegen auf der Elbe 15 Fischdampfer infolge Kohlenmangels still und können trotz des dringenden Bedarfes an Fischen für die Volksernährung nicht auslaufen. Der Grund für den Kohlenmangel ist der Streik der Bergleute im Ruhrrevier.

Aus dem Amte Unna Kamen, 16. April. (Verschiedenes.) Der Fahrradmarder, der in der Hansastraße schon seit einiger Zeit am Werke ist und worüber wir schon wiederholt berichteten, treibt hier weiter sein Unwesen. So wurde wieder am Sonnabend, den 12. April, ein vor dem Amtshause aufgestelltes Fahrrad mit Gummibereifung in einem unbewachten Augenblicke gestohlen. Hoffentlich gelingt es doch bald, diesem unsauberen Gesellen sein Handwerk zu legen. — In allernächster Zeit steht eine Verordnung zu erwarten, laut welcher eine Anzahl Straßen innerhalb des Amtsbezirks für das Befahren mit Straßenlokomotiven gesperrt werden.

Methler, 16. April. **Die Gemeinderatssitzung** am 9. April erledigte die seitens des Amtes zur Prüfung vorgelegte Steuer-Veranlagung der Forensen. In die neugewählte Lebensmittel-Prüfungskommission wurden gewählt die Herren Krämer, Knöpper, Hellmig und Zeps, in die Armenkommission für Dorf Methler Herr Simon, für Weiten und Paschheide Herr Ostermann, für Sektion I und II Herr Hartmann, für Sektion III und IV Herr Zeps. Zum Schluß wurde die Berichterstattung der Prüfungskommission, die in der ersten Sitzung gewählt wurde und aus den Herren Tillmann, Hellmig und Hartmann besteht, betr. der Licht- und Kraftversorgung der Gemeinde entgegengenommen. Beschlüsse konnten nicht gefaßt werden, da in dieser Sache am 14. April eine Amtsversammlung der Gemeinden des Amtes Unna-Kamen [illegible]

Hoeren-Werne, 16. April. (Schiedsmänner.) Im Anschluß an eine Schulvorstandssitzung, die erfreuliche Aufbesserungen für die Lehrerschaft brachte, fand hier am 11. April eine Gemeindevertretungssitzung statt, in der die Neuwahl der Schiedsmänner vorgenommen wurde. Gewählt wurde Herr Steiger August Stahlert und als sein Stellvertreter Herr Bergmann Wilhelm Peters.

Massen, 16. April. (Eierausfuhrverbot.) In der letzten Gemeindevertretungssitzung wurde hier beschlossen, für die Gemeinde ein Eierausfuhrverbot zu erlassen.

Wickede, 14. April. (Tödlicher Unglücksfall.) Am 9. April abends verunglückte in Wickede auf Zeche Massen, Schacht 1/2, der Bergmann Wilhelm Koutken aus Husen, Waldstraße 24b, bei der Arbeit. Er war mit dem Nachschießen im Ortsquerschlag beschäftigt gewesen.

Wickede, 15. April. (Diebstähle.) In der Nacht vom 2. zum 3. April sind dem Bahnassistenten Karl Kohlmann, Sölderweg Nr. 29a, aus der Stallung eine Ziege und acht Hühner und dem Bahnassistenten Hermann Korte ebenda eine Ziege gestohlen worden. Die an den Türen der Stallungen befindlichen Hängeschlösser sind mit einer Drahtschere durchschnitten worden. Die Ziege und die Hühner des Kohlmann sind am Tatorte abgeschlachtet und die Ziege des Korte ist lebend mitgenommen worden. — In der Nacht vom 5. zum 6. April sind dem Bergmann Wilhelm Körber, Düttelstraße Nr. 1, 7 Kaninchen und dem Bergmann Wilhelm Bock daselbst 2 Kaninchen aus der Stallung gestohlen worden. Das Hängeschloß ist mit einer Drahtschere durchschnitten worden.

Amt Brackel, 15. April. (Kriegswirtschaftliches.) In der Woche vom 13. bis 19. April werden folgende Lebensmittel ausgegeben: Auf Warenkarte A 340 125 Gr. Zucker, 1,08 Mk. je Kg.; auf Warenkarte A 341 125 Gr. Graupen, 0.88 Mk. je Kg.; auf Warenkarte A 342 250 Gr. Honig, 0.80 Mk. je Kg. Auf Speisefettmarke B 121 50 Gr. Auslandsbutter, 13.60 Mk. je Kg. Ferner gegen Vorzeigung des Lebensmittelausweises für jeden Haushalt 1 Dose Gemüsekonserven. Auf die Nährmittelkarte der Kranken, hoffenden Frauen, Wöchnerinnen und Personen über 70 Jahre werden statt Nährmittel 2 Eier, 2 Dosen Kond. Vollmilch und ein Paket Milchsüßspeise ausgegeben. Auf die Kranken-Eierkarte erhalten hoffende Frauen 2 Eier und Kranke den einfachen Anteil. Preis pro Ei 50 Pfg. Die durch den Kreisausschuß in Dortmund vorgeschriebene Anzeige über Anpflanzung von Kartoffeln muß bis zum 15. d. Mts. hier eingegangen sein. Formulare sind im Amtshause, Zimmer 12, zu haben. Zur Erstattung der Anzeige sind jedoch nur diejenigen Personen verpflichtet, die beim Amt keine Saatkartoffeln bestellt haben. Die Höchstpreise für die Anpflanzung von Kartoffeln betragen 60 Pfg. für ungedüngtes und 1,30 Mk. für gedüngtes Land pro Rute. Die vom Amt gekauften Saatkartoffeln konnten wegen der in den Aufruhrbezirken herrschenden Unruhen, insbesondere aber deshalb, weil infolge Kohlenmangel nur wenige Züge fahren, nicht herbeigeschafft werden. Die Zufuhr kann erst erfolgen, nachdem die obenbezeichneten Hindernisse beseitigt sind. — Die Gegenkarten der neuen Zuckerkarten sind spätestens am 15. d. Mts. hier vorzulegen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Zucker nur an solche Personen verabfolgt werden darf, die sich in die Zuckerkundenliste haben eintragen lassen. Beim Zuckerverkauf ist jedesmal die ganze Zuckerkarte vorzulegen. Einzelne Abschnitte dürfen nicht beliefert werden. — Die Bürostunden des Amtes sind von 7—12 Uhr und von 1—3 Uhr nachmittags. Sonnabends nur von 7—1 Uhr. — In der vergangenen Woche sind die Formulare zur Anbau- und Ernteflächenerhebung 1919 zur Verteilung gekommen. Diejenigen Personen, die im Amte Brackel Grund besitzen oder angepachtet haben, denen aber ein Aufnahmeformular nicht zugegangen ist, werden hiermit aufgefordert, sich umgehend im Amtshause, Zimmer Nr. 11, zu melden. — Die Ausgabe der neuen Fleischmarken erfolgt in allen Gemeinden am Mittwoch, den 16. d. Mts. Die Ausgabestunden werden durch Aushang noch bekannt gegeben.

Brackel, 15. April. (Diebstahl.) Am 8. April ist in Dortmund-Brackel auf der Halde der Zeche Schleswig der Aufenthaltsraum der Rottenarbeiter gewaltsam aufgebrochen und daraus eine Bohrknarre und ein Schrotmeißel gestohlen worden.

Dortmund, 15. April. **Zuckerschiebungen** in größerem Umfange wurden am 17. Nov. v. J. in Hörde aufgedeckt und durch die Wachsamkeit der Polizeiorgane für die Folgezeit unterbunden. Am Bahnhof in Hörde wurde ein Auto angehalten, das 2 Zentner Zucker mit sich führte, der nach Elberfeld verschoben werden sollte. Es wurde ermittelt, daß der Zucker aus dem Kolonialwarengeschäft der Amalie Lang in Hörde stammte, aus welchem bereits nach Angabe der Elberfelder Abnehmer 27 Zentner nach Elberfeld gewandert waren. Auf diese Feststellungen hin wurde bei der Lang eine Haussuchung vorgenommen und es wurden noch 2 Päckchen gebündelte Zuckermarken beschlagnahmt, die aus dem Geschäft des Großkaufmanns Gans stammten. Die Polizei ermittelte, daß ein bei der Firma Gans beschäftigtes 15jähriges Lehrmädchen die Zuckermarken aus dem Geschäft entwendet und dieselben der Lang gebracht hat. Das Mädchen hat bei der Polizei ausgesagt, daß die Lang sie zu dem Diebstahl verführt habe. Vor dem Schöffengericht hat das Mädchen ihre Aussage indessen als falsch bezeichnet und angegeben, daß sie unter dem polizeilichen Druck die Lang verdächtigt habe. Richtig sei, daß die Zuckermarken aus dem Gans'schen Geschäfte stammten. Sie habe dieselben der Lang nur zur Aufbewahrung gegeben, weil sie bei ihr zu Hause nicht sicher genug gewesen seien. Auf Grund dieser Aussage kam das Schöffengericht zu einer Freisprechung der Lang. Die Strafkammer war nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme anderer Auffassung, sie hatte an der Schuld der Angeklagten keinen Zweifel und verurteilte sie wegen Anstiftung zum Diebstahl und Hehlerei zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen.

* **Hennen**, 14. April. (Diebstahl.) In der letzten Nacht wurde dem Landwirt Heinrich Westhoff gen. Schulte Hennen ein Kalb auf dem Hofe abgeschlachtet.

Hombruch, 14. April. (Diebstähle.) In der Nacht wurden dem Kaufmann Louis Neugarten in Rüdinghausen 12 neue Anzüge gestohlen. — Ein großer Treibriemen im Werte von 6000 Mark wurde in der Nacht auf der Zeche Glückauf gestohlen.

Barop, 14. April. (Eierablieferung.) In der Sitzung des landwirtschaftlichen Amtsvereins Barop haben sich die anwesenden Landwirte einstimmig bereit erklärt, im Interesse der Kranken des Amtes das seinerzeit festgesetzte Einlieferungssoll nach wie vor an das Amt abzugeben.

Gelsenkirchen, 15. April. **Zum Oberbürgermeister** der Stadt Gelsenkirchen wurde in der Stadtverordnetensitzung einstimmig der bisherige zweite Bürgermeister von Wedelstaedt gewählt.

W **Essen**, 15. April. **Die Firma Krupp A.-G.** teilt mit, daß der Streik bei ihr völlig erloschen sei.

Münster, 14. April. (Räuber verurteilt.) Am letzten Verhandlungstage der Schwurgerichtsperiode saßen abermals drei Räuber auf der Anklagebank. Unter der Angabe, aus einem holländischen Internierungslager zu kommen und ohne Obdach und Essen zu sein, hatten die Bergleute Robert Becker und Johann Ratzinski und der Schmelzer Angelo Manias, sämtlich aus Holsterhausen, mit zwei weiteren Angeklagten, von denen der eine namens Adamsky sich in der Irrenanstalt befindet, und der andere flüchtig ist, bei dem Pächter Johann Terhart in Raesfeld bei Dorsten gastfreundliche Aufnahme gefunden. Plötzlich zog der geisteskranke Adamsky einen Revolver, legte auf die Eheleute Terhart an und rief: „Wir sind Bolschewisten, heraus mit dem Geld, heraus mit den Lebensmitteln!" Der Angeklagte Becker, der von Adamsky einen Revolver erhalten hatte, mußte die bestürzten Eheleute in der Küche bewachen, während die übrigen das Haus ausplünderten. Im Hause sollten sich etwa 40 000 Mark befinden. Tatsächlich fand Adamsky nur 2000 Mark. Er drohte, falls er noch weiteres Geld im Hause finde, den Pächter erschießen zu wollen. Unter Mitnahme des Geldes und eines Schinkens begaben sich die Räuber in eine nahe Waldung, wo sie die Beute teilten. Hier will der Angeklagte Becker von Adamsky mit dem Revolver bedroht worden sein, wenn Becker, der, wie die übrigen, nur widerwillig und unter Drohung durch Adamsky mitgegangen sein will, etwas über die Tat verlauten lasse. Die Waffe ging vorzeitig los und verletzte Adamsky am Kopfe, der auf einem Wagen ins Krankenhaus Holsterhausen übergeführt werden mußte. Die Polizei nahm die Räuber in Empfang. Becker übergab das Adamsky abgenommene gestohlene Geld ohne Aufforderung an den Polizeibeamten ab. Die Angeklagten sind geständig. Das Gericht erkannte gegen Ratzinski auf 2 Jahre, gegen Becker auf 1 Jahr 6 Monate und gegen Manias, der nur „Schmiere" stand, auf sechs Monate Gefängnis wegen schweren Raubes bezw. Beihilfe zum einfachen Diebstahl. Interessant ist noch der folgende Vorfall, der sich aus der Beweisaufnahme ergab: Die Angeklagten wurden nach ihrer Festnahme nach Dorsten und von dort nach Coesfeld gebracht. Da hier eine Aufnahme in das Gefängnis nicht stattfinden konnte, sollten die Angeklagten über Dorsten nach Münster übergeführt werden. Kurz vor der Abfahrt des Zuges in Dorsten erschienen etwa 20 bewaffnete Soldaten und forderten die Verbrecher auf, ihr Abteil zu verlassen und sich in Freiheit zu begeben, während den Polizeibeamten befohlen wurde, im Abteil zu bleiben, und der Lokomotivführer angewiesen worden war, den Zug erst auf der übernächsten Station (Haltern) zum Stehen zu bringen. Da die Verbrecher nicht sofort der Aufforderung Folge leisteten, wurden sie von den Spartakisten aus dem Abteil gerissen, Becker und Manias begaben sich nach Hause, während Ratzinski, der spartakistische Neigungen zeigte, sich der Bande anschloß. Als später die Regierungstruppen in den beunruhigten Gebieten die Oberhand erhielten, wurden die Räuber wieder festgenommen.

Cronenberg, 14. April. Hier beschlagnahmte die Gendarmerie in einem Kraftwagen aus Lennep 15 Fässer Butter. Die Butter soll aus einem Diebstahl herrühren.

Weitere Nachrichten.

Spartakistenüberfall auf ein bayrisches Gefängnis.

In Kaufbeuren kam am Sonntag nachmittag ein Automobil mit Spartakisten, meist aus jungen Leuten an, die das Gefängnis mit Gewalt zu stürmen versuchten. Es kam mit den Einwohnern, die sich zur Wehr setzten, zu einer Schießerei. Auf beiden Seiten sind Tote zu verzeichnen, darunter der Tierarzt des Ortes. Die Spartakisten, etwa 25 bis 30 Mann, hatten mehrere Verwundete. Die ganze Gegend steht in hellem Aufruhr. Die Bauern rotteten sich zusammen und drohten, Lengefeld dem Erdboden gleich zu machen.

Weitere Verschärfung des Streiks der Bankbeamten.

Die Streiklage in Berlin hat sich am Sonntag noch wesentlich durch eine Erklärung der Bankleitungen verschärft. Bei der stattgefundenen Besprechung haben, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, die Direktoren der Berliner Banken erklärt, daß sie weitere Unterhandlungen mit den Angestellten-Organisationen solange unterlassen müßten bis der Paragraph von dem Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei der Einstellung und Entlassung des Personals abgetan sei. Dies ist von den Angestellten-Organisationen energisch zurückgewiesen worden, und so sind die Besprechungen im Reichsamt des Innern gescheitert. Der Streik erlitt nunmehr noch eine wesentliche Verschärfung und soll über das ganze Reich seine Verbreitung finden.

Weitere Streiknachrichten.

In einer Sonntag abgehaltenen Versammlung der Obleute der Angestelltenausschüsse Groß-Berlins wurde beschlossen, für den Fall der Ablehnung des Mitbestimmungsrechts durch die Regierung in den Generalstreik einzutreten. Dieser sollte, wenn die Betriebsversammlung diesem zustimmt, heute beginnen. — Sonntag abend fanden in Weimar Besprechungen des Reichsarbeitsministers mit einer Abordnung streikender Bankbeamten aus Berlin statt. Die Vermittlungsverhandlungen dauerten bis zum Abend und führten zu keinem Ergebnis, sie sollen fortgesetzt werden.

Dem Vernehmen der Voss. Ztg. nach haben die Leipziger Bankbeamten im Hinblick auf den in ganz Sachsen verhängten Belagerungszustand beschlossen, die Arbeit heute wieder aufzunehmen. — Bei den Einigungsverhandlungen zwischen den Direktoren der Hamburger Banken und den Vertretern der Bankbeamtenverbände erklärten sich die Vertreter der Hamburger Bankleitung bereit, das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Kündigungen bezw. Entlassungen nach Maßgabe gewisser in der Verordnung vom 24. Januar 1919 enthaltenen Bestimmungen bis auf weiteres anzuerkennen. Die Parteien erklärten, für diese Vereinbarungen in ihren Kreisen wirken zu wollen.

Der Streik in Danzig ist vollkommen beendet. Gestern früh ist die Arbeit in allen Betrieben, auch in der Eisenbahn-Hauptwerkstatt im vollen Umfange wieder aufgenommen worden. — Der Eisenbahnverkehr ist normal.

Im Zwickau-Oelsnitz-Lugauer Kohlenrevier, wo der Streik im Abflauen begriffen ist, haben sich bei einer Abstimmung 90 Prozent der Arbeiter gegen die Fortsetzung des Streiks erklärt.

Vom Räte-Kongreß.

In der Sonnabendsitzung wurde zur Kenntnis gebracht, daß der Senat des Kammergerichts die Haftentlassung Ledebours wegen Fluchtverdacht abgelehnt hat. Das Mitglied des Zentralrats Cohen-Reuß referierte dann über den Wiederaufbau Deutschlands und das Rätesystem. Er sagte u. a.: Der Rätegedanke sei nicht ein bolschewistisches Produkt. Die deutschen Gewerkschaften waren sehr geeignet, den Träger des Produktionsgedankens zu bilden. Aber sie waren zu wenig elastisch, sonst hätten sie sich an die Spitze des Rätegedankens stellen müssen. Ich habe aber die bestimmte Hoffnung, daß sich die Gewerkschaften zurückfinden werden. — Der Korreferent Däumig (U. S. P. D.) empfahl die Annahme des Antrages zum Rätesystem.

*

— **Ein schwerer Zusammenstoß** zweier Berliner Stadtbahnzüge hat sich in der Nacht zum Sonntag kurz nach 1 Uhr auf der Strecke zwischen dem Potsdamer Bahnhof und der Station Großgörschenstraße ereignet. Zwei Wagen wurden vollständig zertrümmert. Vier Fahrgäste und der Zugführer wurden verletzt.

— **Schweres Fliegerunglück bei Nürnberg.** Ein schweres Fliegerunglück ereignete sich in Windsbach. Ein Doppeldecker, der Flugblätter der Mehrheitssozialisten von Nürnberg nach München und Augsburg bringen sollte, mußte wegen Motordefekt in Windsbach landen. Nach einem mißglückten Start stürzte es in einen Hohlweg, in dem sich eine Anzahl Kinder befanden. Drei Kinder wurden sofort getötet und zwei schwer verletzt.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde: Kamen.

Gründonnerstag, 17. April.

Pauluskirche. 2 Uhr: Vorbereitung für Konfirmanden und Eltern. 7 Uhr: Abendmahlsgottesdienst, Pastor Philipps.

Lutherkirche. 2 Uhr: Versammlung der im vorigen Jahre vom Pastor Konfirmierten im Vereinszimmer an der Kirche.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 1. bis 7. April 1919.

Abbau der Zwangswirtschaft. — Weltmarkt.

Wie aus verschiedenen Meldungen hervorgeht, scheinen sich die überall herrschenden Bestrebungen nach Beseitigung oder Lockerung der Zwangswirtschaft allmählich durchzusetzen. Bereits seit dem 10. März ist in der Schweiz die Verbrauchsregelung sowie die Ablieferungspflicht für Kartoffeln aufgehoben, zunächst allerdings unter Beibehaltung der Höchstpreise. In Schweden wird mit dem Abbau der Rationierung einschließlich des Brotkartensystems im Juni begonnen werden, während die Abschaffung der zentralen Bewirtschaftung in Deutsch-Oesterreich für den 1. Juli in Aussicht genommen worden ist. Inzwischen hat die Kommission für die Weizenversorgung alle Einschränkungen im Handel mit Getreide und Getreideerzeugnissen nach Holland, Dänemark, Finnland, der Schweiz, Spanien und Portugal aufgehoben. — Angesichts der nunmehr in Gang kommenden Einfuhr begann man, den Verhältnissen des Weltmarktes wieder erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Das bedeutend erweiterte Anbauareal in Verbindung mit der bisher als günstig geschilderten Ueberwinterung der Saaten läßt in den Vereinigten Staaten eine Rekordernte erhoffen. Dazu kommt, daß infolge vorteilhafter Witterung auch in den Frühjahrsweizengebieten mit einer starken Vermehrung des Anbaues gerechnet wird. Erfüllen sich die Erwartungen, dann dürfte es den Vereinigten Staaten nicht schwer fallen, aus ihrer nächsten Ernte den gesamten westeuropäischen Importbedarf zu befriedigen. Für Mais ist die Tendenz weiter fest geblieben und die Preise haben angesichts der andauernden Aufnahmefähigkeit der großen Mastanstalten neuerdings angezogen. Argentinien behielt, anscheinend in Erwartung deutscher Bedarfsansprüche, gleichfalls feste Tendenz. Der Weizenexport war mit 18800 To. zwar etwas größer als in der Vorwoche, für die jetzige Zeit aber immer noch ungewöhnlich gering. Aus Indien liegen neuerdings sehr ungünstige Nachrichten vor; infolge ungenügender Regenfälle dürfte die Reisernte einen Minderertrag von 34 v. H. gegenüber dem Vorjahre aufweisen. Voraussichtlich wird ein Teil der australischen Weizenvorräte zur Versorgung Indiens herangezogen werden müssen.

Redaktions-Briefkasten.

E. W., Kamen. Die Hypothek kann gekündigt, es kann auch ihre Verlängerung von der Zahlung eines erhöhten Zinses abhängig gemacht werden. In beiden Fällen hat der Hypothekenschuldner das Recht, sich an das Hypothekeneinigungsamt oder in Orten, wo ein solches nicht errichtet ist, an das Amtsgericht zu wenden und die Entscheidung einer dieser beiden Stellen zu erbitten, die nach Anhörung beider Parteien nach billigem Ermessen entscheiden sollen.

Unwissender, Kamen. Eine Rückerstattung von Geldstrafen, die bezahlt sind, findet auf Grund der Amnestie vom 3. Dezember 1918 nicht statt, ebensowenig wie man einem Manne, der mit einer Freiheitsstrafe belegt und diese abgeleistet hat, diese wieder abnehmen kann. Eine Amnestie kann immer nur verhängte, aber noch nicht abgeleistete Strafen erlassen.

Bergkamen. Ihr Eingesandt wiederholt lediglich bereits früher Gesagtes und müssen wir deshalb von einer Veröffentlichung absehen. Im übrigen gestattet uns auch der Papiermangel nicht, den Zusendungen allzu großen Raum zu gewähren.

A. H., Methler. Fachschulen für Gasmeister gibt es in Köln, Bremen, Altenburg; sie sind dort andern technischen Lehranstalten angegliedert. — Fachzeitschriften gibt es eine größere Anzahl. Wir nennen Ihnen: 1. Berliner Klempner- und Installateur-Zeitung, 2. Deutsche Installateur- und Klempner-Zeitung, Düsseldorf.

R. in Methler. Die Kündigung der Wohnung ist zweifellos mit Ihrer Einwilligung erfolgt. Wenn der Hausbesitzer dieselbe nun weiter vermietet hat, so bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als auszuziehen. Nur die einzige Möglichkeit gäbe es, daß der Vermieter oder der Mieter Ihrer jetzigen Wohnung so viele Zimmer haben, daß sie davon noch einige abtreten können. In diesem Falle müssen Sie sich an die dortige Behörde wenden, um eventl. eine zwangsweise Vermietung zu erzielen.

Overberge. Der Veröffentlichung des Eingesandts steht nichts im Wege, nur müssen Sie uns Ihren Namen angeben. Wir müssen die Namen der Einsender wissen, um etwa notwendig werdende Anfragen machen zu können. Im übrigen nennen wir dieselben natürlich unter keinen Umständen.

Nr. 12, Wasserkurl. Da Sie 20 Jahre in Deutschland ansässig sind und hier seit Jahren ein gutgehendes Geschäft betreiben, wird Ihr Naturalisationsantrag ohne Schwierigkeiten genehmigt werden. Er ist beim Regierungspräsidenten einzureichen.

A. K., Lerche. Nach § 23 der Kriegsbesoldungs-Vorschrift haben Kriegsgefangene auf Löhnung keinen Anspruch. Sie kann aber unter bestimmten Voraussetzungen bedürftigen Angehörigen: der Ehefrau, den Kindern, Eltern 2c. bewilligt werden. Ein solcher Antrag ist von Ihren Angehörigen anscheinend nicht gestellt worden. Nachträglich kann die Löhnung weder dem Kriegsteilnehmer noch den Angehörigen zugebilligt werden.

Heeren. Ihr Eingesandt geht von einer falschen Voraussetzung aus. Die Post ist nicht verpflichtet, beschädigte Kassenscheine umzutauschen.

A. N., Heeren. Sie haften nicht für die Schulden Ihrer Frau aus deren erster Ehe. Man würde Sie auch für die Geschäftsschulden Ihrer Frau nicht in Anspruch nehmen können, wenn diese Verbindlichkeiten während Ihrer jetzigen Ehe entstanden wären.

Heute morgen 7 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden unser innigstgeliebter Sohn, unser guter Bruder, Enkel, Neffe und Vetter

Karl Nocker

im Alter von 17½ Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Karl Nocker.

Kamen, den 14. April 1919. 1489

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, vom hiesigen Krankenhause aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen, besonders dem Knappenverein „Gute Hoffnung", dem Evg. Arbeiterverein sowie dem Herrn Pastor Ewald für die trostreichen Worte am Grabe, unsern herzlichsten Dank.

Kamen, 15. April 1919. 1494

Familie Dieckmann.

Turn- und Sportvereinen
empfehlen wir unsere vielbegehrten

Gummi-Hosenträger,
prima Friedensware, ferner
— unsere altbekannte —
Sportbekleidung
sowie 1492
sämtliche Militär- u. Vereinsbedarfsartikel.
Für Wirte und Vereine übernehmen wir Saal- und Zeltdekorationen.

Gebr. Hochheimer, Kamen,
Markt — Fernruf 24 — Markt.

Mobiliar-Verkauf
Weddinghofen.

Sonnabend, den 19. d. M., morgens 10 Uhr, läßt Herr Carl Hegemann hier an seiner Wohnung

1 Pferd, Wallach, 1 hochtragende Ziege, 3 Kaninchen, 1 2" Ackerwagen, 1 kleinen Kastenwagen, 2 Kochherde, 4 Oefen, 1 Viehtopf, 1 Wiege, 1 rotes Plüschsofa, 1 großen Teppich, 1 Petroleum-Lampe, 1 Benzol-Lampe, 1 Paar lange Kalblederstiefel Nr. 43, 1 Paar Grubenschuhe, 1 Fleischklotz, 2 Schiebkarren, 100 St. Bohnenstangen, 1 Hobelbank, 1 Schleifstein, 1 großes Oelfaß, 8 Ztr. Häcksel, Heu, Stroh und Brandholz

nummerweise meistbietend gegen bar verkaufen.

Töddinghausen, den 12. April 1919.

Blödom.

Ia. glasierte

Wandplatten

in modernen Mustern neu eingetroffen. 1470

Ferd. Robbert,
Baumaterialienhandlung,
Lünen.

Oberaden.

Die **Mutterberatung** ist wegen des Karfreitags diesmal schon am **Donnerstag.**

Stuhl-flechtrohr Stuhlsitze
empfiehlt
Carl Müller,
Kamen. 1121

Habe mich in meinem elterlichen Hause, Ostenmauer 55, als

Damenschneiderin

niedergelassen. 1485

Hedwig Althoff.

Gehrock
und schwarzer
Frack
mit Seidenfutter, fast neu, preiswert zu verkaufen. 1497
Schillstr. 5.

Ofen,

fast neu, zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsst. 1499

Bergschüler-Kittel u. Mütze (neu)
Konzert-Zither u. photogr. Apparat
9×12 zu verkaufen. 1488
Zu erfr. in d. Geschft.

Nähmaschine
(Hand)
gegen Lebensmittel umzutauschen. 1487
Näheres in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Alle
Garten-geräte
kaufen Sie in größter Auswahl bei
Carl Müller,
Kamen. 1141

Zimmerer- und Schreinerlehrling
für sofort nach Ostern gesucht. 1480
H. Fiene,
Mechanische Tischlerei und Zimmerei.

Junges
Morgenmädchen
gesucht. 1496
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Warnung!
Habe auf mein Pachtland in Bergkamen, Waldstr. 233, für immer
† Gift †
gelegt. 1467
Wilhelm Kissing, Overberge.

Bettnässen
Erfolgr. Befreiung. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. **Sanitas-Depot, Halle a. S. 8.** 1413

Osterkarten

in grosser Auswahl eingetroffen.

Buchhandlg. der Kamener Zeitung.

Saatkartoffel-Ausgabe.

Am Donnerstag, den 17. ds. Mts., vormittags von 8 bis 11 Uhr, werden im Liebigschen Saale auf die bereits eingelösten Gutscheine für die Besteller der Nr. 771—1000 Saatkartoffeln (Bismarck) ausgegeben. 1495

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 24

Ia. verzinkte
Draht-Geflechte
(4 u. 6 eckig)
vorrätig bei
Carl Müller,
Kamen. 1142

Glückwunsch-Karten

in großer Auswahl für alle Gelegenheiten empfiehlt

die Buchhandlung der

Kamener Zeitung

Achtung!
Kaufe stets
Kaninchen-Felle
zu höchsten Tagespreisen am liebsten frisch 1416
Töpperwien,
Rottstraße Nr. 7.

Rotkohl u. grüne Bohnen
wieder vorrätig. 1483
Fr. P. Uhrmeister,
Kirchstr. 10.

Saat-hafer
angekommen. 1498
Th. Ostermann.

Kaufe Auto
gebr. Personen- u. Geschäftswagen. Offert. m. Preis u. näheren Angaben. 1491
Rauhut, Dortmund,
Schlosserstr. 34.

---

3 Enten und 1 neue Ziehkarre
zu verkaufen. 1490
Heerenerstr. 129.

Gesunde Speisewurzeln und Speisestecrüben, Zwiebeln, Futterrüben

in großen Mengen eingetroffen.
Verkauf ab Lager. 149[illegible]

Friedr. Mork
Fernruf 147. Oststraße. Fernruf 147

Lebensmittelverteilung im Amt Unna-Kamen.

In dieser Woche gelangt zur Ausgabe auf Reichsfleischkarte

50 Gramm Wurst.

Die auszugebende Fleischmenge wird durch Anschlag in den Metzgergeschäften bekannt gegeben, nachdem das Schlachtvieh angeliefert worden ist und übersehen werden kann, wieviel zur Verfügung steht. Die Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter — 50 oder 100 Gr. — gelangen zur Verteilung.

Auf Fettkarte: **120 Gr. Fett** für 14 Tage.

Auf Lebensmittelkarte: **500 Gr. Kunsthonig** ferner in geringeren Mengen: **Gemüsekonserven.**

Für Kinder und Kranke stehen zur Verteilung: Geringe Mengen **Schokolade, Fruchtsirup, Zwieback und Keks;** die Mengen werden durch die Gemeindevorsteher in den Verkaufsstellen bekannt gegeben. **Heringe** gelangen zur Verteilung in den Gemeinden Afferde, Hemmerde, Lünern, Massen, Niederaden, Oberaden, Südkamen, Wasserkurl und Weddinghofen.

Die jetzt nicht bedachten Gemeinden erhalten die Heringe später (etwa in 14 Tagen).

Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß in 14 Tagen **Marmelade** zur Verteilung gelangt.

Unna, den 14. April 1919.

Der Amtmann: J. V.: Lehmhaus.

Lebensmittelverteilung im Amte Pelkum.

Im Amte Pelkum sind für die Zeit vom 14. bis 20. April zur Verteilung verfügbar: **3050 Kg. Grieß und 9100 Kg. Konserven.**

Auf den Kopf der Bevölkerung kommen auf Bezugsabschnitt Nr. 17 der Lebensmittelkarte zur Verteilung:

100 Gr. Grieß zum Preise von [illegible] Mk. für das Pfund, etwa
300 Gr. Konserven, der Preis ist den Dosen aufgedruckt, und
250 Gr. Marmelade zum Preise von 1,20 Mark für das Pfund.

Auf Butterkarte, Bezugsabschnitt Nr. 16: **90 Gr. Inlandsbutter** zum Preise von 4,40 Mark für das Pfund. Die zuviel gegebenen 30 Gr. werden in den nächsten Wochen bei Ausgabe der Auslandsbutter abgezogen werden.

Auf Eierkarte, Abschnitt Nr. 16: 1 Ei in allen Gemeinden.

In den Verkaufsstellen für Mutterberatungen werden für den Monat April für hoffende Frauen und Kinder bis zu 2 Jahren je **1 Pfund Nährmittel, 1 Pfund Zucker und 2 Pakete Keks** ausgegeben.

Bezugs- und Quittungsabschnitte sind von den Geschäften am Dienstag, den 22. d. M. abzugeben.

Die Verteilungsstellen werden nochmals an die pünktliche Zurückgabe des Leermaterials erinnert.

Pelkum, den 12. April 1919.

Der Amtmann.
J. V.: Der Amtsbeigeordnete: Isenbeck.

Bekanntmachung.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Die Bekanntmachung vom 13. März 1919 betr. Ausnahmetage wird hiermit aufgehoben.

Gleichzeitig bringe ich auszugsweise eine Verfügung des Herrn Regierungs-Präsidenten zur Kenntnis, in der es folgendermaßen heißt:

„Ich lasse für den letzten Sonntag vor Ostern, den letzten Sonntag vor Pfingsten und den letzten und vorletzten Sonntag vor Weihnachten für alle Geschäftszweige eine Beschäftigung bis zu 8 Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends zu."

Für den Amtsbezirk werden die Beschäftigungsstunden für die freigegebenen Sonntage auf die Zeit von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt.

Weiter hat der Herr Regierungs-Präsident gemäß § 105c der [illegible] Ordnung für alle Sonn- und Festtage widerruflich einen Geschäftsbetrieb bis zu 2 Stunden für den Handel mit Milch zugelassen.

Die Verkaufszeit für Milch wird für den Amtsbezirk von 8—9 Uhr vormittags und von 11½—12½ Uhr mittags festgesetzt.

Unna, den 10. April 1919.

Die Polizeiverwaltung des Amtes Unna-Kamen.
Lehmhaus.

Bekanntmachung.

Infolge Wiederaufnahme der Arbeit ist der verschärfte Belagerungszustand über Bergkamen von der Militärbehörde wieder aufgehoben.

Hamm (Westf.), den 14. April 1919.

Der Landrat: Schulze-Pelkum.